

Zielsetzung und tatsächliche Wirkung der finanzpolitischen Maßnahmen zu breiterer Vermögensstreuung

Die beispiellose Vermögenskonzentration, die sich seit 1949 in der Bundesrepublik vollzogen hat, rückte das Problem einer breiteren Vermögensbildung in den letzten Jahren immer stärker in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben sich wiederholt positiv zu den die Vermögensbildung der breiten Schichten fördernden Maßnahmen geäußert; die Bundestagsmehrheit kann auf eine Reihe gesetzgeberischer Akte hinweisen, die unter dieser Zielsetzung erlassen worden sind.

Auch die Fülle der Literatur zu diesem Problem entspricht quantitativ seiner Dringlichkeit. (Qualitativ nicht mehr so ganz, vor allem fehlt es an einer entsprechenden Gliederung der amtlichen Statistik, die immer noch die private Vermögensbildung *nicht* nach Arbeitnehmer- und Arbeitgeberhaushalten differenziert, doch eine kritische Literaturübersicht soll hier nicht gegeben werden.) Aber bei allen Bestandsaufnahmen der Vermögensbildung und trotz der zahlreichen Vorschläge zur praktischen Durchführung der geforderten Vermögensneuverteilung fehlte es bisher an einer umfassenden — empirischen *und* theoretischen — Untersuchung der effektiven Wirkungen der bisherigen finanzpolitischen Maßnahmen auf die reale Vermögensbildung.

Diese Lücke wird durch die soeben erschienene Untersuchung von *Alois Oberhauser* über Finanzpolitik und private Vermögensbildung¹⁾ geschlossen. Unter Berücksichtigung der bisherigen Teiluntersuchungen dieses Problemkomplexes wird hier versucht, einmal die Zusammenhänge zwischen den finanzpolitischen Maßnahmen des Staates und der privaten Vermögensbildung unter verschiedenen konjunkturellen Bedingungen aufzuzeigen, zum anderen die Rückwirkungen auf die Verteilung des Vermögenszuwachses auf die verschiedenen sozialen Schichten herauszuarbeiten.

Zur Durchführung dieser hochgesteckten Aufgabe hat der Verfasser u. E. eine glückliche Kombination zwischen empirischen und theoretischen Arbeitsweisen gefunden: den Arbeiten im theoretischen Modell sind umfangreiche empirische Untersuchungen vorangestellt, die das theoretische Modell vor unrealistischen Voraussetzungen bewahren, während umgekehrt die theoretischen Ableitungen die Schlußfolgerungen, die sich bei der Betrachtung der statistischen Daten aufdrängen, in überzeugender Weise erhärten. Das gilt für beide Teile der vorliegenden Untersuchung, die der Verfasser recht zweckmäßig wie folgt aufgegliedert hat:

Teil I: Wachsender Staatsbedarf und private Vermögensbildung,

Teil II: Der Einfluß einzelner finanzpolitischer Maßnahmen auf die Vermögensbildung des privaten Bereichs.

Zu I

Ausgehend von dem Ziel der in fast allen Staaten praktizierten progressiven Besteuerung, die hohen Einkommen stärker zur Deckung der Staatsaufgaben heranzuziehen als die niedrigen (Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit), untersucht Oberhauser hier die Rückwirkungen der in den vergangenen Jahrzehnten stark angehobenen Gewinnsteuern auf die private Vermögensbildung. An Hand der statistischen Daten für die USA, Kanada (ab 1929 bzw. 1926), Großbritannien und die Bundesrepublik (ab 1948 bzw. 1950) kommt er dabei zu dem übereinstimmenden — und theoretisch erhärteten — Er-

1) Alois Oberhauser, Finanzpolitik und private Vermögensbildung. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1963. 206 S., 2 Abbildungen, 31 Tabellen, kart. 42,50 DM.

gebnis, daß trotz des starken Anstiegs des staatlichen Anteils am Sozialprodukt die private Investitionsquote nicht gesunken, sondern sogar — wenn auch unterschiedlich — gestiegen ist. Die private Vermögensbildung stieg dabei etwa in gleichem Umfang wie die privaten Investitionen, so daß die Ausweitung des staatlichen Anteils am Sozialprodukt allein zu Lasten des privaten Verbrauchs erfolgte. Die progressiven Gewinnsteuern wurden weitgehend überwältzt, wodurch sie lediglich nivellierend unter den Selbständigeneinkommen wirkten, während die angestrebte Umverteilung zwischen Selbständigen- und Unselbständigeneinkommen nicht eingetreten ist. Entsprechend hat sich — trotz progressiver Besteuerung — die Vermögensbildung der NichtUnternehmer nicht wesentlich vergrößert.

Zu 11

Im zweiten Teil der Arbeit untersucht Oberhauser die Auswirkungen einzelner finanzpolitischer Maßnahmen auf die private Vermögensbildung erst generell, dann konkret auf die Verteilung des Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik bezogen. Dabei werden konsequenterweise nicht nur die Auswirkungen jener Maßnahmen, die direkt eine breitere Vermögensstreuung zum Ziel hatten, untersucht, sondern sämtliche direkten und indirekten Auswirkungen der Finanzpolitik auf die private Vermögensbildung. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind erschreckend — freilich nur für den, der die zahlreichen vermögenspolitischen Proklamationen der Bundesregierung bisher ernst genommen hat. An Hand des empirischen Materials wie im theoretischen Modell beweist Oberhauser eindeutig, daß die bisherige Finanzpolitik der Bundesregierung die weitere Differenzierung der Vermögensbildung erheblich gefördert, zu einer breiteren Vermögensstreuung dagegen nur unwesentlich beigetragen hat. Dabei werden pauschale Schlußfolgerungen sorgfältig vermieden, jede einzelne Maßnahme wird detailliert untersucht.

Diese Analysen erbringen im einzelnen den Nachweis, daß vor allem das Gewinnsteuersystem der Bundesrepublik mit seinem besonderen Körperschaftssteuersatz und die „Fülle steuerlicher Maßnahmen“, die in den ersten Jahren nach der Währungsreform als „Sondervergünstigungen“ die private Investition fördern sollten, die Vermögensbildung bei den Selbständigen konzentriert haben. Hervorzuheben ist hier vor allem die 7er-Gruppe des Einkommensteuergesetzes, die von 1949 bis 1957 jährlich rund 2 Md. DM den Unternehmern *unversteuert* zur privaten Vermögensbildung überließ. Hervorgehoben werden ferner das Investitionshilfegesetz und das DM-Bilanzierungsgesetz, von denen ebenfalls wesentliche Hilfen zur privaten Vermögensbildung bei den Unternehmern ausgingen.

Noch vernichtender aber ist das Urteil über die westdeutsche Vermögenspolitik, das sich aus dem letzten Abschnitt der Arbeit Oberhausers ergibt. Dieser Abschnitt ist den vermögensbildenden Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen zur Sparförderung gewidmet, und auch hier ergibt sich sowohl aus den empirischen Daten als auch im theoretischen Modell der Nachweis, daß die höheren Einkommensgruppen erheblich stärker an diesen Vergünstigungen partizipiert haben als die Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen. Vor allem von der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Lebensversicherungsprämien als Sonderausgaben und der finanzpolitischen Förderung des Konten- und Wertpapiersparens haben die höheren Einkommen überwiegend profitiert. Etwas günstiger für eine breitere Vermögensstreuung sind die Auswirkungen der direkten Sparprämien und der Begünstigung des Bausparens. Aber selbst bei den Bausparverträgen — als jenem Zweig der Sparförderungsmaßnahmen, der den Arbeitnehmern am meisten zugute kam — entfielen 1959 rund 50 vH der Spareinlagen auf Einkommensbezieher mit einem Jahreseinkommen von über 18 000 DM, d. h. auf ein knappes Fünftel der erwerbstätigen Bevölkerung.

HERBERT EHRENBERG

Es ist hier nicht Raum dafür, die notwendigen wirtschaftspolitischen Folgerungen aus diesen Ergebnissen der Untersuchung Oberhausers zu ziehen. Die Unzulänglichkeiten der bisherigen Wirtschaftspolitik auch auf dem sozialpolitisch und gesellschaftlich so prekären Sektor der Vermögenspolitik hat Oberhauser in aller Deutlichkeit herausgearbeitet. Die Bundesregierung und die Arbeitnehmer müssen hieraus ihre Konsequenzen ziehen.